

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postweg. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. April 1912.

Einzelnenpreis: Arbeitsmarkt, Verfammlungs-, Vergnügungsinferte usw. 15 Pfennig die Seite; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Seite. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 46.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Gegen Tarifgemeinschaft und Verband! (2 Fortsetzung).

Volkswirtschaft: Zur Kartellfrage.

Korrespondenzen: Duisburg. — Leipzig (M.M.). — Potsdam. Fundschau: Graphische Kunstausstellung in Leipzig. — Ein Preisverleihung. — Weiterführung. — Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. — Zur Beschaffung der Abonnementverpflichtung. — Hilarbeiterbewegung in Frankfurt a. M. — Gelehrter Betrüger. — Studentische Arbeiterunterstützung. — Die deutsche Aufsicht auf dem Kriegsspielplatz gegen die Gewerkschaften. — Ein Boykott der Weissen. — Ein englisches tägliches Arbeiterblatt.

Gegen Tarifgemeinschaft und Verband!

VI.

Die „Neutralität“ des Gutenbergbundes.

Die mangels jeder inneren Agitationskraft sich hauptsächlich denunziatorisch betätigende Sonderorganisation unter den deutschen Buchdruckergehilfen hat seit annähernd fünf Jahren zu dem Schlagworte „christlich“ das ebenso leere „national“ in ihr Waffenarsenal aufgenommen und macht den an sich schon recht unklaren Begriff „christlich-national“ in ihrer Verbindung mit der jeder Gewerkschaft sich von selbst aufdrängenden Notwendigkeit der Neutralität in religiösen und parteipolitischen Fragen zu einer widerlichen Farce. Es ist dies auch ein Charakteristikum der christlichen Gewerkschaften. Indes liegt es doch auf der Hand, daß dort, wo sich das Gros der Berufsangehörigen zusammengefunden hat, wirkliche Neutralität geübt werden muß, da eben alles, wie in den theoretisch einmal vertretenen Grundsätzen der christlichen Gewerkschaftsrichtung (siehe Zitat aus der M.Gladbacher Broschüre im Abschnitt V der vorigen Nummer) zu lesen ist, zur Vertretung gleichartiger Interessen gegenüber der Unternehmerschaft wie in wirtschaftlichen und sozialen Fragen überhaupt sich unter einem Hute zusammengefunden hat.

Wo aber Sonderorganisationen bestehen, sind auch Sonderabstufungen vorhanden, werden Sonderwege gegangen. Eine Sonderneutralität gibt es nun aber doch noch nicht, und deshalb ist die Neutralität der christlichen Gewerkschaften, die ja nur einen kleinen Teil der verschiedenen Berufe umfassen, und da im besondern gewisse religiöse und politische Richtungen, ein Täuschungsmanöver. Man hat, wie der Kleriker Windolph in seiner starken Broschüre über das Christentum der christlichen Gewerkschaften feststellt, das Epitheton „christlich“ eigentlich nur als schlagendste Bezeichnung und Unterscheidung von den freien Gewerkschaften gewählt.

Das Thema von der Neutralität der christlichen Gewerkschaften müßte sehr lang gesponnen werden, wenn man diesen Schwindel richtig beleuchten wollte. Dazu fehlt uns die Zeit und der Raum. Es hat über diese Frage oder, wie auch gesagt werden kann, über den Neutralitätszauber dieser Richtung einmal eine recht interessante Aussprache stattgefunden. Das war auf der Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1905. Wir wollen nun drei Männer mit ihren Aussprüchen nennen, weil es sehr kompetente Leute in dieser Sache sind. Da erklärte es Professor Dr. Wiedenfeldt aus Köln für vollständig falsch, christliche Gewerkschaften zu

bilden. Sie sollten sich deutsche oder nationale Gewerkschaften nennen und alle Politik beiseite lassen. Geheimrat Kirdorf, der Syndikatsherrschler, bezichtigte die christlichen Gewerkschaften der Heuchelei; sie seien gefährlicher als die sozialdemokratischen, weil sie den Anschein politischer Zuverlässigkeit und Stubentreue zu erbringen suchen. Und der Ehrenvorsitzende des Evangelischen Arbeiterbundes, der damalige Landtagsabgeordnete Franke, ein in Rheinland-Westfalen lebender Fabrikant, behauptete mit aller Bestimmtheit, daß die christlichen Gewerkschaften zweifellos Zentrumspolitik treiben. Wir schickten voraus, daß hier sozusagen Autoritäten sprechen, deren Kenntnis auf diesem Gebiete wohl nicht zu bestreiten ist. Außer der Bemerkung, daß das tägliche Leben unzählige Beweise gegen die Neutralität der christlichen Gewerkschaften erbringt, wäre bei der im voraus von uns betonten Beschränkung zu diesem Kapitel im allgemeinen nichts mehr zu sagen.

Nur sei noch angeführt, daß allerneuestens ein Wind gegen die christlichen Gewerkschaften von Rom aus weht, der ihren scheinbar interkonfessionellen Charakter völlig wegzufegen droht und sie, deren Neutralität in religiösen Fragen jeden Kenner der Verhältnisse nur lachen macht, vollständig vom Vatikan abhängig machen dürfte. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um die Aufstellung eines Reglements der römischen Kirche für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Wir können in diesem Rahmen nicht näher auf diese bedeutsamen Vorgänge eingehen, es wird das in einiger Zeit einmal geschehen. Das kann aber gesagt werden: In dem Maße der fortschreitenden Verschlingung der freien Gewerkschaften nimmt die Abhängigkeit der christlichen Organisationen vom Zentrum und von Rom zu! Das gilt auch von dem Gutenbergbunde, bei dem die ganze Neutralitätsmaskerade ohnehin ein besonders grober Unfug ist.

Der Gutenbergbund konnte eher in seiner früheren Form als neutral angesprochen werden. Hinsichtlich des Tarifs war ja Neutralität für ihn, wie wir in voriger Nummer gesehen haben, sogar statutarisch festgelegt. Seit seinem Anschluß an die christlichen Gewerkschaften ist er auch in deren Fahrwasser öffentlicher Abstimmung von aller Politik und geheimer starker Frequentierung reaktionärer Parteipolitik geraten, wobei die Gefolgschaft zum Zentrum das Übergewicht erlangt hat. Mit der einst von dem christlichen Gewerkschaftsstrategen Giesberts gepredigten Abweisung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie ist es ja gegenwärtig nichts mehr. Der Schachtruf gilt vielmehr auf der ganzen Linie der laminenartig aufschwellenden Sozialdemokratie und damit allem, was sich nicht bedingungslos der reaktionären Wirtschaft und allgemeinen Politik unterstellt. Daß der Gutenbergbund auch von seinen größten Gönnern nicht als neutral-stubentreu angesehen wird, kam selbst auf der rheinisch-westfälischen Prinzipalsversammlung vom Oktober v. J. zur Sprache, allwo sein bester Fürsprecher von vornherein glaubte den Verdacht abzuwehren zu müssen, daß parteipolitische Bestrebungen hinter der Propagierung dieser verbands- und tarifgegnerischen Sonderorganisation der Gehilfen stecken. Herr Densing, der Besitzer des bekannten Zentrumsorgans „Trompete“ in Dort-

mund, machte das so diplomatisch, daß er eigentlich den Bund als christliche Organisation völlig preisgab, denn er erklärte schließlich — was sich die Bundesleitung besonders merken sollte —, daß in erster Linie die wirtschaftliche Frage für die Arbeitgeber bei Beurteilung des Gutenbergbundes in Betracht komme. Mit andern Worten: Nicht der vorgeschätzte christlich-nationale Charakter des Bundes, sondern die sich selbst beigelegte Eigenschaft als Sicherheitsventil ist die „Längente“ zwischen rheinisch-westfälischer Prinzipalität und Gutenbergbund, und das auch im allgemeinen.

Die sächsische Regierung wie alle von dem Bunde denunziatorisch angesprochenen Behörden und auch der deutsche Reichstag sollten sich derart läppisches Zeug, wie es in der heuchlerisch anklagenden Broschüre „Buchdruckertarif und öffentliches Interesse“ enthalten ist, ernstlich verbitten und — wir haben dabei das sächsische Ministerium im Auge — es ablehnen, auf solche niedrigen, beweis- und geistlosen, von verblendetem Fanatismus und Haß diktierten Denunziationen irgendetwas zu reagieren. Man war in Dresden recht übel beraten, als man dieser struppelosen, professionsmäßig betriebenen Anschwärmerei nähertrat.

VII.

Der „sozialdemokratische“ Buchdruckertarif.

Das Unzulängliche, hier wird's Ereignis! Der Spezialabgeordnete für den Gutenbergbund, Becker (Ursberg), hat es fertiggebracht, von dem „ganzen sozialdemokratischen Buchdruckertarif“ zu reden. Dieser Bundesanwalt begegnet sich darin mit dem Arbeitgeberverband für das Druckgewerbe, der aber immerhin noch etwas umschreibt. In ihrer Wirkung sind indes die Deklamationen des Arbeitgeberverbandes wie des Zentralverbandes deutscher Industrieller mit denen des Gutenbergbundes, der christlichen Gewerkschaften, der Becker, Behrens und Erzberger gleich. Bei den ersteren beiden und deren Organen liegt indes dabei eine gewisse Ehrlichkeit vor, denn sie sind erklärte Gegner der Tarifgemeinschaft. Bei den gedachten andern Stellen und Personen geht es aber lediglich nach dem berücksichtigten Grundfah: Der Zweck heiligt das Mittel. Es ist in der Einleitung zu dieser Artikelserie (Nr. 44) in dem ersten Abschnitte: „Die Ausbreitung des Tarifgedankens“, schon so viel auf dieses Kapitel Bezügliches gesagt worden, daß wir hier die ganze Unsinntigkeit und Unverschiedenheit derartiger Deduktionen und Denunziationen nur noch mit ein paar Worten abtun, im übrigen aber ein sehr berufenes Organ dazu reden lassen wollen.

Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker umfaßt gegenwärtig etwa 8000 Firmen mit annähernd 67000 Gehilfen in rund 2250 Druckorten. Wer sich der gewerblichen Ordnung, was das ganze Tarifwesen der Buchdrucker ja doch ist, dem, was für die beiderseitigen Beziehungen in bezug auf die Arbeitsbedingungen als recht und billig gilt, unterwirft, ist tarifreu und Mitglied der Tarifgemeinschaft. Es ist sonnenklar, daß politische Momente da gänzlich ausgeschlossen sind. Eine neutralere Einrichtung als die Tarifgemeinschaft ist gar nicht denkbar, und es berührt denn auch eigenlich, daß in andern Gewerben noch niemand — von den Scharfmacherorganen abgesehen — auf diese

nährliche Entdeckung gekommen ist, obwohl dort die Arbeitnehmer als Einzelpersonen zu einem größeren Prozentsatz sozialdemokratisch „verseucht“ sein dürften, als das bei den Buchdruckern der Fall ist. Wo anders scheint man eben mehr Empfinden für das Bächerliche solcher „Argumentierungen“ zu haben.

Die in der blinderischen Denunziationsbroschüre enthaltenen Unterstellungen gegen das Tarifamt und auch zum Teil gegen den Tarifausschuß lassen wir verächtlich links liegen. Denn wenn der Bundesvorsitzende im vergangenen Jahre bei seiner Anwesenheit zu den Tarifverhandlungen nicht den Mut fand, diese Beschuldigungen vor dem kompetentesten Forum zu erheben, wenn Thürlert mit keinem Worte diese angeblichen Übelstände berührte, bei zwei die unteren Instanzen angehenden, von ihm zur Sprache gebrachten Fällen vielmehr glatt der Schwindel überführt wurde, und wenn der Bundesvorsitzende obenhin die schon mehrmals erwähnte vorhergehende anonyme Broschüre preisgab, als er deswegen gestellt wurde, dann hat der Bundesvorsitzende selbst den Beweis erbracht, daß die vom Gutenbergbund in seiner neuen Broschüre gegen das Tarifamt und die tariflichen Organe erhobenen Beschuldigungen grundlose Verdächtigungen sind. Damit ist der Gutenbergbund noch mehr gerichtet!

Wir lassen nunmehr aus der Gedenschrift des Deutschen Buchdruckervereins vom Jahre 1908 über die tariflichen und organisatorischen Verhältnisse in unserm Gewerbe den derartige Treibereien gut kennzeichnenden Passus folgen:

Von verschiedenen andern Kreisen hingegen kann dies leider nicht gesagt werden, sondern diese sind nach Kräften bemüht gewesen und sind es noch, den Buchdruckerorganisationen, insbesondere der Tarifgemeinschaft, Hindernisse zu bereiten und ihnen durch Verfechtung und Verbreitung vorgefaßter Meinungen in der Öffentlichkeit und bei den Regierungen und Behörden zu schaden.

Im wesentlichen haben sich in diesen Kreisen diejenigen zusammengefunden, die da meinen, in der Leitung einzelner Betriebe wie ganzer Industrien und Gewerbe ohne den Grundsatz der unbedingten Überordnung des Arbeitgebers über den Arbeitnehmer — den sogenannten Herrenstandpunkt — nicht auskommen zu können und deshalb von Tarifgemeinschaften nichts hatten.

Ihnen haben sich noch diejenigen zugesellt, die in dem Bitteren zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Grundlage der Gleichberechtigung auf dem Arbeitsgebiete zugleich ein gefährliches und deshalb zu bekämpfendes Moment erblicken, weil nach ihrer Annahme die Arbeitnehmerklasse — auch im Buchdruckergewerbe — zum überwiegenden Teil einer bestimmten politischen Partei angehört und diese politische Parteizugehörigkeit in allem zu betätigen sucht.

Solche Anschauungen sind im Buchdruckergewerbe bei einem kleinen Teile der Buchdruckereibesitzer und — mit gewissen Abänderungen, auch bei einem Teile der Buchdruckergehilfen vorhanden. Die gleiche Ansicht ist außerhalb des Buchdruckergewerbes vornehmlich in der Großindustrie und ihren Körperschaften vertreten.

Die vorgebrachte politische Partei wiederum, die angeblich durch die Tarifabmachungen begünstigt werden sollte, trat diesen entgegen, weil sie befürchtete, daß durch das im Buchdruckergewerbe infolge der Tarifabmachungen erzielte Einvernehmen zwischen Prinzipalen und Gehilfen und die stetige Entwicklung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie durch das hierdurch gegebene Beispiel ihr Einfluß auf die Arbeitermassen und damit ihr politisches Programm untergraben werden könnte.

Mit dem kleinen Teile der Buchdruckereibesitzer ist der Arbeitgeberverband, mit dem einen Teile der Gehilfen der Gutenbergbund gemeint. Im übrigen bedarf es keiner weiteren Worte dazu. Die Quertreibereien gegen die Tarifgemeinschaft und die Gründe für ihre Haltlosigkeit sind gut gegenübergestellt. Für denkende und anständige Menschen wird das genügen.

VIII.

Der „sozialdemokratische“ Verband.

Mit der alten großen Buchdruckerorganisation, die in der Denunziationsbroschüre wie von den Organen des Gutenbergbundes, der christlichen Gewerkschaften und der großindustriellen Verbände sowie einem gar nicht so geringen Teile der Zentrumspreffe also bezeichnet wird, verhält es sich wie mit der Tarifgemeinschaft: mit ihren etwa 66 000 Mitgliedern — rund 93 Proz. aller deutschen Buchdruckergehilfen kann sie unumgänglich einen parteipolitischen Charakter oder auch nur einen sozial-

demokratischen Anstrich haben. Die Buchdrucker sind in ihren religiösen und politischen Anschauungen ein so buntes und bewegliches Völkchen, wie es in keinem andern Gewerbe anzutreffen ist. Das mag nicht zuletzt mit ihrer beruflichen Arbeit zusammenhängen, da sie die geistigen Erzeugnisse von allen religiösen und politischen Richtungen zu verarbeiten haben. Eine Voraussetzung zum sozialdemokratischen Charakter des Verbandes fehlt also von Haus aus.

Dann aber ist die Tatsache eines von keiner andern mittleren oder größeren Gewerkschaft erreichten Organisationsverhältnisses von 93 Proz. ein Beweis, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker von seiner Gründung an, ja schon durch seinen Vorläufer im Jahre 1848, einen streng neutralen Standpunkt eingenommen hat. Wäre dem nicht so, hätte nicht immer eine verständige, alle zusammenfassende rein gewerkschaftliche Taktik unsere Organisation ausgezeichnet, würde sie nimmermehr die Buchdruckergehilfen Deutschlands in dieser Allgemeinheit erfasst haben.

Es berührt fast komisch, daß der Verband von seinen Gegnern gerade der politischen Partei ausgeliefert wird, die ihn in früherer Zeit wegen seiner Unterstützungseinrichtungen und später (1896 und folgende Jahre) der Tarifgemeinschaft wegen doch sehr heftig bekämpft hat. Die Leute, die in Broschürenform, in der Presse, in Wochzetteln für diese — die von einem Teile der Zentrumspreffe immer unesehen aufgenommen werden — oder sonstwo ihre Denunziationen vor- und anbringen, muß es doch frappieren, wenn in der Reichstags-Sitzung am 28. März, als der Zentrumsabgeordnete Becker seine Tiraden gegen unsere Organisation im Reichstage losließ, sogleich von den Bänken der Sozialdemokraten der Ruf kam: „Wo besteht denn der sozialdemokratische Buchdruckerverband?“ und er sich mehrmals ähnlich wiederholte, wenn Becker unter Zustimmung des Zentrums oder der Rechten seine in Verbindung mit der Reichsdruckerei sehr deutlichen Beziehungen von neuem vorbrachte. Auch mußten loyal denkende Abgeordnete doch einen großen Unterschied zwischen den Anschauungen des Nichtbuchdrucker Becker und den aus voller Überzeugung kommenden Ausführungen des Buchdrucker Hilbenbrand finden:

Der deutsche Buchdruckerverband hat schon lange seine Stellung in der Öffentlichkeit als neutrale Gewerkschaftsorganisation direkt markiert, und ich kann ja den Ärger von Ihnen über den deutschen Buchdruckerverband verstehen. Gerade der deutsche Buchdruckerverband ist es, der neun Zehntel aller gelernter Arbeiter im Buchdruckergewerbe in sich vereinigt hat, und die geschlossene Neutralität des deutschen Buchdruckerverbandes ist es, die Ihnen das Geschäft unter den katholischen Buchdruckern gründlich verdorben hat bis zum heutigen Tage, weil es keinen katholischen Buchdrucker gibt, der aus dem Buchdruckerstande heraus zu Ihren Streikbrecherorganisationen geht. Deshalb die Wut von Ihnen über den deutschen Buchdruckerverband. Der deutsche Buchdruckerverband hat in seiner ganzen Tätigkeit innerhalb seiner Organisation die Neutralität in gewerkschaftlicher Beziehung gewahrt und hat durch diese Neutralität Institutionen geschaffen, die in der Tat Vorbild für die gewerkschaftliche Organisation gewesen sind, und wenn irgend etwas für den Charakter des deutschen Buchdruckerverbandes als einer soliden neutralen Gewerkschaftsorganisation spricht, so ist es Ihre elende Denunziationswut, die heute hier zum Ausdruck gekommen ist!

Der Abgeordnete Hilbenbrand ist Verbandsmitglied seit seinem Auslernen, er ist wesentlich älter als Becker und in der gewerkschaftlichen Arbeit erfahren. Er würde sich an einer Stelle, wie es der Reichstag ist, gewiß nicht so in die Kleinen gelegt haben, wenn der streng gewerkschaftliche Charakter unseres Verbandes nicht ganz uneingeschränkt wäre. Und daß der Abgeordnete Hofmann (Saalfeld), ebenfalls ein Kollege von uns, die Hilbenbrandschen Ausführungen noch kräftig unterstrich, ist sicher nicht als ein Beweis anzusehen, daß Beckers recte des Gutenbergbundes Denunziation sich auf Tatsachen stützen kann. Für unseren Verband hat noch kein sozialdemokratischer Abgeordneter in den Druckereien agitiert, wie es der Zentrumsabgeordnete Gronowski im vergangenen Jahre für den Gutenbergbund in Dortmund getan hat.

Wenn aber Kollege Hilbenbrand weiter sagte, daß wohl ein großer Teil unsrer Mitglieder Sozialdemokraten seien, daß dies aber gar nicht zu verwundern wäre, da bei den heutigen Verhältnissen aufgeklärte Arbeiter ganz naturgemäß zu sozialdemokratischen Anschauungen kommen müssen, so ist das nur zutreffend. Den Standpunkt eines großen Teils unsrer Kollegen, die in politischer Beziehung sozialdemokratisch denken und fühlen und in diesem Sinne sich außerhalb ihrer Organisation auch wohl betätigen, hat vor einigen Jahren sogar das Sprachrohr des Arbeitgeberverbandes im Buchdruckergewerbe als richtig anerkannt. Die „Deutsche Buchdruckzeitung“ schrieb damals gegenüber dem Vorwurfe, daß unser Verband „sozialdemokratisch“ sei, das beweise doch nur

daß der Verband als Arbeiterorganisation die politische Interessenvertretung seiner Mitglieder bei einer Partei sucht, die nun einmal sich das Recht und den Ruhmes- titel erworben hat, als „Arbeiterpartei“ ohne Vorbehalt angesprochen zu werden. Es beweist ferner, daß alle bürgerlichen Parteien es nicht verstanden haben, sich das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben. ... Das sollte die bürgerlichen Parteien veranlassen, ihre Programme einer Prüfung zu unterziehen, aber nicht der sozialdemokratischen Partei die Daseinsberechtigung abzuspochen und solche Gewerkschaften als „sozialdemokratisch“ anzuschwärzen, die aus den gegebenen Verhältnissen die natürlichste Folgerung ziehen.

Das trifft, wie gesagt, auf die politische Denkwiese der Mehrzahl unsrer Mitglieder zu. Die Organisation als solche hat dazu aber nichts getan. Die Regierungs- und Gesetzgebungsmethode, mit hohen Agrarzöllen und Verbrauchssteuern die Masse zu belasten, die tragfähigen Schultern jedoch zu schonen, besorgt im Vereine mit dem zweierlei Messen der Rechtspredigung in allen gewerkschaftlichen und politischen Angelegenheiten die Agitation für die Sozialdemokratie geradezu glänzend. Auf dem bereits erwähnten Sozialpolitikertag in Mannheim fiel ja auch von dem bekannten Heidelberger Professor Max Weber der Ausspruch, daß jede reaktionäre Wirtschaftspolitik hares Geld sei für die Sozialdemokratie. In diesem Fahrwasser segelt das Deutsche Reich aber nun schon beinahe zehn Jahre.

Auch die „Zeitschrift“, das Organ des Deutschen Buchdruckervereins, schrieb ungefähr um die gleiche Zeit zu diesem „sozialdemokratischen“ Thema:

Im Buchdruckergewerbe — ausschließlich natürlich der 140 Mannen des Arbeitgeberverbandes — nimmt man die völlige Neutralität der Gehilfenorganisation und deren ehrliebe Einstellung als eine gegebene Tatsache. Dabei wird keineswegs übersehen oder geleugnet, daß ein großer Teil der einzelnen Mitglieder des Gehilfenverbandes in parteipolitischer Beziehung sozialdemokratischer Gesinnung ist. Das aber hat mit dem abgeschlossenen Organisationsvertrage nichts zu tun und ist übrigens auch eine Erscheinung, die niemand wunder zu nehmen braucht. Was von der Arbeiterkraft im allgemeinen gilt, das gilt auch von der des Buchdruckergewerbes; die bürgerlichen Parteien haben sich wirtschaftlich viel zu wenig um die Arbeiter gekümmert, und kümmerten sie sich um sie, so geschah das meist nur auf der Grundlage der völligen Unterordnung des Arbeiters unter den Arbeitgeber. Was Wunder, daß die Arbeiter sich der die Gleichberechtigung predigenden Sozialdemokratie zuwandten.

Daß auch unter den Buchdruckern die Sozialdemokratie reichlich Anhänger hat, wird also von zwei entgegengesetzt gerichteten Arbeitgeberorganen unseres Gewerbes als etwas Natürliches und Folgerichtiges hingestellt. Der Verband ist gar nicht in der Lage, daran etwas zu ändern, und mußte auch jeden darauf abzielenden Versuch einfach ablehnen, denn er darf und kann als wirklich neutrale Gewerkschaft seinen Mitgliedern weder eine politische Gesinnung vorschreiben, noch sie davon abbringen. Die von den christlichen Gewerkschaften seit einigen Jahren — es war bekanntlich nicht immer so! — beliebte scharfe Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie ist ja eben ein dokumentarischer Beweis, daß die christlichen Gewerkschaften auch politisch nicht neutral sind.

Bei uns Buchdruckern ist es aber noch immer ein ganz selbstverständlicher Grundsatz gewesen, daß politische Momente in das Arbeitsverhältnis absolut nicht hineinspielen. Da sind wir Gewerkschaftler und vertreten als solche unseren Standpunkt gegenüber den Unternehmern. Das

war so und das bleibt so! Was die Denunziationsbroschüre in dieser Beziehung dem Verbands resp. seinen Mitgliedern anhängt, ist der Gipfel der Verleumdung. Sogar Vorkommnisse aus dem Auslande müssen da als „Beweis“ dienen. Wenn einmal aus der großen Schar der Verbandsmitglieder jemand Indiskretionen aus dem Arbeitsverhältnisse begangen hat, so stehen diesen wenigen, zum Teil mit dem Ausschusse gehandeten verurteilenswerten Fällen auch solche aus dem Gutenbergbunde gegenüber. Wir machen jedoch diesem daraus keinen Vorwurf, denn dergleichen wird selbstredend keine Organisation dulden. Es zeigt aber von einer recht niedrigen Gesinnung, wenn in jener Broschüre derartige Vorwürfe gegen unsern Verband erhoben werden. Wenn das christlich sein soll, so müssen wir schon sagen, daß wir darüber erheblich höher stehende Begriffe haben.

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ hat in ihrer Nummer vom 1. März d. J. das gemeinsame Haberbrotreiben gegen die Tarifgemeinschaft einmal etwas deutlicher gekennzeichnet:

Da ist es denn wohl kein zufälliges Zusammentreffen, daß die verschiedenen Maulwürfe, die schon immer den Boden des Buchdruckergewerbes durchwühlten, auf einmal gemeinsam wieder frische Haufen aufwerfen und damit kundtun, daß sie auch noch da sind. Der Arbeitgeberverband für das Buchdruckergewerbe hat wieder den Zeitpunkt für günstig gehalten, die Werbestrommel zu rühren und in einem neuen Flugblatt Zwietracht in die Reihen der Buchdruckerbesitzer zu tragen sowie ihre Organisationen und die Tarifgemeinschaft bei Behörden und an anderen Stellen anzuschwärzen. Die Fachpresse um den Zentralverband Deutscher Industrieller macht den Deutschen Buchdruckerarif und die ihn stützenden Organisationen wieder zum Gegenstande mehr oder weniger denunziatorisch wirkender Untersuchungen. Bedauerlicherweise vollzieht nun auch noch die christliche Buchdruckergewerkschaft einen Lärm, als ob im deutschen Buchdruckgewerbe bereits alles — Prinzipale, Gesellen, Organisationen — der Sozialdemokratie verfallen und sie selbst schon so tief im sozialdemokratischen Machen stecke, daß nur noch ihre Schreibwerkzeuge betätigt werden können. Das alles zusammen muß ja wohl nach außen den Eindruck erwecken, als sei im Buchdruckgewerbe alles gewerblich, sozial und sittlich so schlecht bestellt, daß im „Allgemeinverstand“ das ja bekanntlich zu allem Möglichen führen mag, ein Eingreifen gewisser „höherer Mächte“ notwendig sei.

Da wir das Haberbrotreiben des Dreibundes Arbeitgeberverband, Zentralverband deutscher Industrieller und Gutenbergbund schon an verschiedenen Beispielen gezeigt haben, so kann es mit der bloßen Bitterung der mit unsrer Meinung darin übereinstimmenden „Zeitschrift“ sein Bewenden haben. Hübsch und treffend sind jedoch die Glossen des „Prinzipalsorgans in der gleichen Nummer über den sozialdemokratischen Popanz. Da liest man: „Charakteristisch für den Arbeitgeberverband und seine Gesinnungsgenossen ist auch das Spiel mit dem anschuldigen sollenden Ausdruck „sozialdemokratisch“. Der Geselle, der eine für ihn notwendig gewordene Lohnerhöhung verlangt, oder der irgendeinen Mißstand begehrt, wünscht, ist ein „Sozialdemokrat“. Eine Organisation, in der sich solche Gesellen befinden, ist „sozialdemokratisch“, und eine Prinzipalskörperschaft, die mit einer solchen Organisation einen Tarifvertrag abschließt, ist es auch. Da dieser Tarifvertrag sich mit dem Tarife befaßt, ist dieser auch „sozialdemokratisch“, und der Deutsche Buchdrucktarif, der in seinen Preisanlagen selbstverständlich auf dem „sozialdemokratischen“ Lohnsatze fußen muß, ist infolgedessen auch „sozialdemokratisch“. Von Buchdruckerbesitzern die Einhaltung des Lohnsatzes und des Preistarifs zu verlangen, das ist eine „sozialdemokratische“ Forderung. Kurz, was einem Buchdrucker an seinen Berufsgegenossen nicht gefällt oder ihm von ihnen angeschlossen wird, das ist alles „sozialdemokratisch“.

Ob diejenigen, die das angeht — und da kommt der Gutenbergbund nicht zuletzt in Betracht — an dieser Spöttelei wohl verstehen, wie lächerlich sie sich mit dem sozialdemokratischen Wauwau machen? In der vergangenen Woche hat in der bayrischen Reichsratskammer ein mit dem bayrischen Königshause verwandter Graf sich dagegen gewandt, daß das Wort „sozialdemokratisch“ bei der Regierung wie das bekannte Tuch bei einem bekannten Tiere wirkt, daß gewissermaßen die Arbeiter, die in diesen erschrecklichen Verdacht kommen, mindern Rechts seien. Die Anschauung dieses mit Prinzen und Herzögen verwandten graflichen Reichsrats sticht sehr vorteilhaft ab von dem

widerlichen Getriebe der christlichen Gewerkschaften und des Gutenbergbundes. Bei Unternehmern mit solchen moralisch wie logisch anscheinbaren Ansichten hat man doch wenigstens noch einige Entschuldigung dafür, wenn wir sie auch bekämpfen. Es gibt freilich Blätter, die, wie der „Göttinger Deutsche Bote“ am 12. April, gegen dessen Bespitzung unsrer Kollegen in der Reichsdruckerei wir uns jüngst energisch wandten, eine so schmutzige Denkwiese bekunden, daß sie ihre ersten Beschuldigungen noch durch stärkere Übertrumpfen. Von einem solchen Gebaren wendet sich der anständige Mensch mit Ekel ab. Die Druckerei dieser Zeitung ist eine Blindlerdomäne, das erklärt vielleicht einiges.

Natürlich geben die Profektoren der christlichen Gewerkschaften und des Gutenbergbundes ihre Organisationen als unpolitisch und überneutral aus, auch wenn die Zahl der Zentrumsanhänger in denselben größer ist als bei uns die prozentuale Ziffer der sozialdemokratischen Denkenden, und wenn auch diese Gewerkschaften sich parteipolitisch, d. h. im Sinne der Zentrumsparthei, ziemlich rege betätigen. Es kann mit dem gleichen oder mit noch mehr Recht von den christlichen als von Zentrums-Gewerkschaften gesprochen werden denn von unsrem Verbands als von einer sozialdemokratischen Gewerkschaft. In dem neuesten Flugblatte des Gutenbergbundes wird die von unsrem Breslauer Verein in dem Gewerkschaftshausbau dort angelegte Summe als ein Akt der Neutralitätsverletzung verschrien. Wenn solche Mäßen nicht so blöde wären, dann müßte jene Landesversicherungsanstalt, die für das Berliner Gewerkschaftshaus eine hohe (jetzt abgelöste) Hypothek hergab, ja auch „sozialdemokratisch“ sein! Wenn ein Blatt wie die „Kölnische Volkszeitung“ gar solches Zeug der christlichen Gewerkschaftskorrespondenz nachdruckt, dann ist es weit gekommen.

Der „Korr.“ ist selbstverständlich durch und durch sozialdemokratisch und pflegt den unverfälschten Klassenkampf als Spezialität. Nun hat es aber die Neutralität des Verbandsorgans noch nicht fertig gebracht, ein Flugblatt der sozialdemokratischen Partei-beizulegen. Der „Typograph“ jedoch legte seiner Auflage vor wenigen Jahren ein solches der Zentrumsparthei bei! Das der „Korr.“ teils als ehrliche Gewerkschafts-, Tarif- und Arbeiterpolitik. Letztere bittet von dem Bestreben, wie es der alte brave, kürzlich verstorbene Fortschrittsmann Träger im November 1910 in einer Münchner Versammlung in die kurzen Worte zusammenfaßte: Weniger Steuern und mehr Volksrechte! Im übrigen ist und bleibt es auch unser Standpunkt, was der bekannte Nichtsozialdemokrat Tischendörfer vor neun Jahren einmal in einer nichtsozialdemokratischen Berliner Arbeiterversammlung erklärte: Er sage als Nichtsozialdemokrat, es wäre Selbstmord, wenn eine Gewerkschaftsbewegung eine unfreundliche Stellung gegen die Sozialdemokratie einnehme.

Christliche Gewerkschaftsorgane dürfen allerdings den Klassenkampf predigen. Was das christliche Holzarbeiterorgan sogar einmal als Aufgabe dieser Gewerkschaften bezeichnete: „Hier haben die christlichen Gewerkschaften die Erziehung klassenbewußter Arbeiter in die Hand zu nehmen“. Sie dürfen auch den Klassenhaß schüren, wie es das Organ des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterorgans vor etlichen Jahren in dieser Weise tat:

Das Leben ist für die Arbeiterschaft zu einem erbitterten Kampfe, einem blutigen Schlachtfelde geworden. Die Verluste der Verunglückten der modernen Industrie ist größer als die Opfer der blutigen Kriege. Täglich droht den Arbeitern das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Berufsunkraften sind seit dem Aufsteigen der Industrie bis ins Unendliche gestiegen. Und all dieses Leid fließt mit gierigen Augen die gesamte Arbeiterklasse an, um stündlich neue Opfer zu fordern. Unter diesen Umständen muß das Klassenbewußtsein der denkfähigen Arbeiter erwachen; um so mehr, als ein großer Teil all dieser Not bei dem geringsten guten Willen der bestehenden Klasse zu lindern, ja gänzlich zu heben wäre; noch mehr aber bei dem Hinblick auf die Herrlichkeiten, die den Besitzenden ungehindert zur Verfügung stehen. Wenn die kalte, lieblose Welt zuguterletzt für all das Leid, für die Mühen, Sorgen, Leiden und Bestimmnisse des arbeitenden Volks nur ein Schnitzmesser, bestenfalls einige mitleidige Worte übrigbringt, dann ist auch der Klassenhaß großer Massen begreiflich.

Wenn das jemals im „Korr.“ gestanden haben würde, der Gutenbergbund hätte flugs eine Sonderbroschüre über den Klassenkampfcharakter des Verbandes und seines Organs erscheinen lassen und an alle Behörden wäre sie versandt worden, damit — dem Gutenbergbunde die „Gleichberechtigung“ in der Tarifgemeinschaft zuteil werde! Am liebsten auf reichsgesetzlichem Weg und strafgesetzmäßig verbrieft.

In dem „sozialdemokratischen“ Verband ist es auch nicht möglich, daß ein Ortsvorsitzender in einer öffentlichen politischen Versammlung sich hinstellt und erklärt im Namen seiner Kollegen, daß sie für den Kandidaten einer bestimmten Partei eintreten würden, wie in Göttingen im November vorigen Jahres von dem dortigen Bundesvorsitzenden gegenüber der Wirtschaftlichen Vereinigung geschah.

Was dagegen in dem streng neutralen Gutenbergbund an Gesinnungs-tüchtigkeit möglich ist, das hat die Buchdruckwelt vor zwei Jahren mit Schauern aus Köslin erfahren müssen. Da sandten die Bündler in der „Fürstenthümer Zeitung“, darunter auch der in der vorigen Nummer in dem Artikel „Christliche Praktiken“ erwähnte Mostsch-Streich (also genannt, weil Str. der Redaktion des „Korr.“ ein in nicht wiedergubegebener Weise beschmutztes Exemplar des Verbandsorgans übermittelte — eine „christliche“ Geldentat!), dem Prinzen August Wilhelm zu seinem Geburtstag ein Guldigungsstelegramm, weil dieser preußische Prinz einmal in die ersten Grundbegriffe der Buchdruckerkunst eingeführt wurde! Dazu nun folgendes prächtige Seitenstück aus einer andern Zeitungsdruckerei in demselben Orte: Gar nicht lange Zeit zuvor fanden in Köslin Stadtverordnetenwahlen statt. Die zweite, hier in Betracht kommende Zeitung ist liberal, inklinierte aber aus wahlstatistischen Gründen für die sozialdemokratischen Kandidaten. Und siehe da, die christlich-nationalen und neutralen Bündler in dieser Druckerei stimmten fast sämtlich für die sozialdemokratische Partei! Soweit sie einem Militärsverein angehörten, wurden sie deswegen cum familia dieser Mitgliedschaft kastriert!

So sieht es im Gutenbergbunde mit der Neutralität, mit der christlich-nationalen Weltanschauung und mit der Gesinnungstüchtigkeit aus. Mehr kann man gewiß nicht verlangen.

Volkswirtschaft.

Zur Kartellfrage.

Wir leben im Zeitalter der Organisationen. Überall, wo wir hinschauen, bemerken wir, daß der einzelne machtlos ist, daß er sich mit Gleichgesinnten verbindet und verbinden muß, wenn er nicht seine Kräfte nutzlos vergeuden und untergehen will. Auf allen Gebieten, in Politik wie im Wirtschaftsleben, erkennen wir, daß nicht die Einzelwille herrscht, sondern Parteien und Organisationen um die Siegespalme eingen. Aber die wichtigsten Fragen unsrer Zeit sind im Grunde genommen nicht politischer, sondern sozialer und wirtschaftlicher Natur. Die politischen Fragen bilden sich zum Teil erst aus wirtschaftlichen und sozialen Fragen heraus. Darum muß es für uns Gewerkschaftler auch eine Hauptaufgabe sein, die jeweilige Situation im Wirtschaftsleben nach Möglichkeit klar zu durchschauen, und zwar nicht nur auf unsrer Seite, sondern auch in jenem Lager, mit dem wir als Arbeiter in erster Linie zu rechnen haben: bei den Unternehmern. Hier haben wir jedoch nicht jene Erscheinungen ins Auge zu fassen, die sich als Organisationsgebilde der Unternehmer den Gewerkschaften direkt gegenüberstellen, sondern jene Organisationen im Unternehmerlager, die nach außen und innen für die Rentabilität der Produktion zu wirken suchen. Das sind die Kartelle, Syndikate oder Trusts.

Nehrt uns unsere eigene gewerkschaftliche Arbeit, daß die Unternehmer im allgemeinen in der Ausnutzung des Arbeitsmarktes eine ganz besondere Strategie entwickeln, um sich billige Arbeiter zu verschaffen, so können wir bei näherer Untersuchung auch die gleiche Beobachtung auf jenen Gebieten machen, wo die Unternehmer als Käufer von Rohstoffen und vor allem als Verkäufer ihrer Produkte auftreten.

Die alten Zünfte wurden zerbrochen und nur noch verkümmerte Überreste der alten Zünftezeit führen da und dort ein ziemlich weltfremdes Dasein. Und doch erkennen wir bei einem tieferen Blick ins heutige Wirtschaftsleben, daß in fast allen Industrien und Gewerben der Neuzug Organisationswesen besteht, die im Grunde genommen nichts anderes sind als modernisierte Zünfte. Die alten Zünfte hatten ein Augenmerk auf die Her-

stellung der Waren nach Herstellungsart, Menge und Güte, auf ihre Preise und Verkaufsgebiete. Der gleiche Geist beherrscht heute die Kartelle, Ringe, Syndikate und Trusts. Nur zeigt sich dabei der Unterschied, daß dieser Geist nicht mehr wie zu alten Innungszeiten gesehlich überwacht wird. Er ist frei. Frei insofern, als er ohne Einmischung des Staates oder eines Gesetzes schalten und walten kann, nichtsdestoweniger aber auf alle mögliche Weise Einfluß auf Staatsgewalt und Wirtschaftsleben zu gewinnen und geltend zu machen sucht.

Die Schutzgölle sind Kinder dieser illegitimen Taktik. Anfang und Aufbau der ganzen Schutzgölpolitik führten nach und nach zu einer Erstarrung des Kartell- und Syndikatswesens. Wenn auch einige Kartelle sich in der Hauptsache darauf beschränken, die Auswärtigen der Konkurrenz zu beschneiden, so gibt es doch weit mehr und vor allem große Industrien, deren Kartelle eben nur durch die Schutzgölpolitik zu fast unüberwindlicher Macht gelangten. Besonders die Eisen-, Garn- und Zuckerindustrie fallen unter diese Kategorie. Sie halten „dann“ des Schutzgölle, den ihre Produkte genießen, die Preise im Inlande hoch und belasten dadurch nicht nur allgemein den Inlandsmarkt, sondern schädigen außerdem die Fertigfabrikation durch Erschwerung der Ausfuhr, da das Ausland fast durchweg infolge der deutschen Schutzgölle gerade die deutschen Fertigfabrikate ganz besonders unter die Zollschutze nimmt. Dazu kommen dann noch die Monopolkartelle, die einen Rohstoff oder eine bestimmte Fabrikationsweise auf Grund der Patentrechte allein für sich in Anspruch nehmen können. Hierher gehören auch die Naturgölle, die nur an bestimmten Stellen vorkommen. Ähnlich liegt es mit Industrien, deren Anlagelosten so groß sind, daß jede ernstliche Konkurrenz ausgeschlossen ist. Die Entstehungsurache dieser verschiedenen Kartellformen soll nach einem Ausspruch des Großindustriellen Kirdorf die „Not“ sein, und zwar die Not der Konkurrenz, d. h. die gegenseitige Unterbietung. Um zu verhindern, daß die Erzeugnisse von Gewerbe und Industrie zu billig auf den Markt kommen und dadurch der Unternehmerprofit immer kleiner werden könnte, bildeten sich fast sämtliche Kartelle, Syndikate und Trusts. Meist entstanden und entstehen heute noch Kartelle in schlechten Zeiten. Die Konkurrenten sehen, daß keiner trotz größter Anstrengungen vorwärts kommt. Die bisherigen Konkurrenten reichen sich infolgedessen die Hand und wollen fortan Brüder sein. Jeder von ihnen läßt zwar dadurch einen Teil seiner bisherigen Freiheit ein. Aber was verschlägt's? Die Freiheit, die sie bisher hatten, war ein ständiges Schweben über dem Abgrunde des Bankrotts. Die neue beschränkte „Freiheit“ bietet ihnen die Möglichkeit einer besseren, ruhigeren Geschäftsentwicklung, trotz Krise. Kommt dann die bessere Geschäftszeit, dann erweist sich das Kartell als eine großartige Vereinigung zur Sicherung hohen Profits.

Für diesen Preis opfern die meisten früheren selbstständigen Unternehmer willig ihr sogenanntes „Herr-im-Hause-Recht“, um unterstellen ihr Geschäft der Oberleitung eines Kartells, Rings, Syndikats oder Trusts. Der einstige selbstständige Unternehmer findet darin gar keine Herabwürdigung, daß er in einem solchen Organisationsverhältnisse nicht mehr Herr im eignen Hause, sondern günstigenfalls nur noch als Leiter einer Kartell-filiale gelten kann. Um des Profits willen hat er sein Herrenrecht an den Nagel gehängt. Dafür regien sich aber viele Unternehmer um so mehr auf und pochen auf ihr vermeintliches Herrenrecht, wenn auch die Arbeiter für sich das Organisationsrecht in Anspruch nehmen und mit dessen Hilfe gleichfalls einen höheren Ertrag ihrer Arbeitskraft zu erringen suchen. In diesem Zusammenhange zeigt sich drastisch die Zweiseitentheorie des heutigen Unternehmertums. Auf der einen Seite jammern und zornen sie über die Ansprüche der organisierten Arbeiterschaft bezüglich eines Mitbestimmungsrechts im Arbeitsverhältnis und auf der andern Seite lassen sie sich von Kartell- oder Syndikatsverbänden oft bis aufs Äußerste vom i vorschreiben, was sie in „ihren“ Betrieben zu tun und zu lassen haben.

Diese Verfügungsgewalt der Kartelle und Syndikate gliedert sich ihrem Wesen nach in folgende Stufen: Regelung der Verkaufsbedingungen, Regelung der Verkaufspreise, Einschränkung der Produktion in den Einzelbetrieben, Einteilung der Absatzgebiete, Einschränkung der Gesamtproduktion sowie Zentralisierung des Verkaufs für Inland und Ausland. Über Licht- und Schattenseiten jeder einzelnen der vorgenannten Stufen könnte man ganze Bänder schreiben, aber durchweg wäre von unserm Standpunkt aus, sowohl von dem des Arbeiters als dem des Konkurrenten, zu sagen, daß diese Kartellentwicklung für die Volkswirtschaft bedeutend mehr Schatten als Lichtseiten hat. Eigenmächtigkeit und Unkontrollierbarkeit müssen als die größten Fehler der Kartelle und Syndikate bezeichnet werden.

Die Wirkung der Kartellpolitik für das wirtschaftliche Leben ist am besten aus dem Einflusse des Kohlsyndikats zu erkennen. Das Syndikat hat es nämlich in der Hand, durch die Kohlenpreisbestimmung den Konkurrenz aufstieg zu beschleunigen oder zu hemmen. Denn von der Quantität der auf den Markt gebrachten Kohle hängt auch die Menge der Produktion in vielen andern Industrien ab. Bis zu einem gewissen Grade nimmt das Kohlsyndikat durch seine Machtbefugnisse schon von vornherein einen Teil des Ertrags der nationalen Arbeit für sich in Anspruch. Es ist in der Lage, höhere Kohlenpreise durchzusetzen, als dies bei freier Konkurrenz möglich wäre. So kommt es, daß z. B. deutsche Kohlen im Ausland oft billiger sind als im Inlande. Diese Ausbeutung des inländischen Kohlenmarkts wird nur be-

grenzt durch die Konkurrenz anderer Brennstoffe und durch die Rücksicht darauf, daß durch allzu hohe Preissteigerung die Industrie gelähmt und der Kohlenverbrauch dadurch zum Sinken käme. Von gleicher Bedeutung ist der Stahlwerksverband. Die Kontrolle dieses Verbandes, der beinahe den ganzen Eisenmarkt beherrscht, ist äußerst scharf. Die größten Eisenwerke Deutschlands lassen sich freiwillig gefallen, daß nicht nur ihre Böcher, sondern auch ihre ganze Herstellungsweise der Aufsicht einer Zentralfabrik unterliegen. Diese Entwicklung wird besonders in einem ausgezeichneten Werke Raumanns, das den Titel „Neubau des Wirtschaftspolitiks“ trägt, in sehr anschaulichen Betrachtungen erörtert. Da kann man lesen, wie durch diesen Entwicklungsgang der persönliche Charakter des Gewerbes immer mehr abgestreift wird und selbst die einzelne Aktiengesellschaft noch als viel zu individuell angesehen wird. Und wie im politischen Leben die Kleinstaaterei als ein Übel angesehen wird, so hat sich der gleiche Gedanke auch auf das wirtschaftliche Leben übertragen. Diesem Gedanken trägt die neuzzeitliche Kartellbildung Rechnung. Durch sie wird die rücksichtslose Vesteiligung der Schwachen durch die Starlen aufgehoben. Dieser Schutz der Schwachen zeigt sich jedoch nur in den Anfangsstadien der Kartelle. Sobald sie sich einigermaßen eingelebt haben, verändert sich das Bild. Unmählich bilden nämlich gerade die Kartelle starke Antriebe zur Bildung größerer Betriebe, und zwar in der Weise, daß die Schöpfung der Schwächeren im eignen Gewerbe zur Bedrohung der selbstständigen Unternehmer in andern Gewerben wird. Es bilden sich auf diesem Wege die Fusionen und Trusts.

Kartelle und Trusts streben in der gesamten Produktion eine Monopolstellung an, die sie auch auf den Arbeitsmarkt zu übertragen suchen. Die Trusts gestalten das Wirtschaftsleben stetiger und übersichtlicher. Sie schalten die zügellose Konkurrenz zahlloser kleiner Betriebe aus. Durch ihre großartige Organisation sind die Trusts imstande, wirtschaftlich zu arbeiten, d. h. mit einem möglichst geringen Aufwand einen möglichst großen Nutzen zu erzielen. Zugleich entwickeln die Trusts aber auch ganz neue Herrschaftsverhältnisse. Ihre Leiter sind Herren nicht nur eines gewaltigen Stücks des Nationalvermögens, sondern auch Hunderttausender von Arbeitern. Dadurch sind sie in der Lage, eine Zwangsgewalt auszuüben, die oft stärker ist als die des Staats. Darum ist es ein bringendes Erfordernis, daß gegenüber solchen Machtmitteln der Kartelle und Trusts die Interessen der Arbeiter, wie die der Konsumenten vom Staate nachdrücklich geschützt werden. Und mit Recht fordert Friedrich Stampfer in seinem Buch über „Grundbegriffe der Politik“ vor allem, daß aller wirtschaftlichen Geheimbünde ein Ende gemacht wird, daß den Staatsbehörden in den Geschäftsbetrieb der Kartelle und Trusts der genaue Einblick ermöglicht wird. Denn was von den Aktiengesellschaften gilt, das gilt in noch viel höherem Maße von jenen kapitalistischen Ringenverbänden, deren ungeheure Macht durch keinerlei öffentlich-rechtliche Begrenzungsmittel paralytisch wird. Wenn eine Geheimverammlung von Multimillionären berechtigt sein soll, die Meinungs-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit zu unterbinden und der Bevölkerung durch Preisheerhebungen nach Willkür Lasten aufzulegen, dann wird das parlamentarische Steuerbewilligungsrecht und die Verantwortlichkeit der Regierung zur bloßen Farce.

Diese Gefahren der Kartellorganisationen sind jedoch zu beseitigen. Und zwar durch nichts andres als durch die Gewährung der vollen Gleichberechtigung für Alle, gegen die sich die Kartelle usw. ganz besonders richten. Das wirksamste Mittel heißt: uneingeschränktes Koalitionsrecht für Arbeiter und Konsumenten. Das Verlangen eines gesetzlichen Verbots der Kartelle und Trusts wäre verfehlt. Denn logischerweise würde eine gesetzliche Koalitionsbeschränkung für Kartelle und Trusts auch für die Arbeiter- und Konsumentenorganisationen zum Todesstoß werden. Die absolute Koalitionsfreiheit ist aber das wirksamste Gegenmittel gegen die Schattenseiten der Kartellpolitik. Sie ist um so notwendiger, als eine andre Regulierung der modernen Kartellpolitik durch den Staat vorherhand keine Aussicht auf Erfolg hat. Man konnte zwar in letzter Zeit in der deutschen Tagespresse lesen, daß ein Reichskartellgesetz in der Luft schwebt. Ein Kartellamt soll eingerichtet werden, das die Kartelle beaufsichtigen, ihre Satzungen prüfen und zu den Beratungen der Kartellleiter einen Kommissar entsenden soll. Das wäre ja an und für sich ganz wünschenswert, aber es müßte die Gewähr dafür geboten sein, daß sich die dazu Berufenen in den nötigen Unabhängigkeit gegenüber den Kartellen bewahren. Es dürfte nicht wieder vorkommen, daß Reichsbeamte, die mit einer Kartelluntersuchung beauftragt sind, nachher in einer besser dotierten Stellung beselben Kartells hineinzuwandern. Unter dieser Voraussetzung könnte das Kartellamt in der Tat allerhand nützliches Material liefern, aus dem sich ein neues Zucht-hausgesetz gegen die Kartellterroristen des Unternehmertums viel besser begründen ließe als aus den berühmten Streikbrechergesetzen ein Zucht-hausgesetz gegen die Arbeiter. Entschieden jedoch wird man nicht hoffen dürfen, daß das Kartellamt durch „gewisse Maßnahmen“, zu denen es berechtigt werden soll, instand gesetzt werden könnte, etwas Wirkames gegen die Macht der Kartelle zu unternehmen. Mit gesetzgeberischen Maßnahmen ist da gar nichts auszurichten; vielmehr könnte der Zwack der staatlichen Beaufsichtigung nur der sein, den richtigen Augenblick abzuwarten, um die verheerenden durch Kartellierung geschaffenen Privatmonopole in Reichsmonopole umzuwandeln.

Da jedoch die bisherigen Erfahrungen mit der Verstaatlichung einzelner Unternehmungen für die Arbeiterschaft nicht besonders günstig ausgefallen sind, bleibt als wirkungsvollstes Gegengewicht gegen Kartellauswüchse vorläufig nur das uneingeschränkte Koalitionsrecht für die Arbeiter und die Konsumenten. Der Staat fördert heute schon Produzenten- und Konsumentenorganisationen der Agrarier, der Industriellen und der Handwerker. Warum sollen davon die Gewerkschaften und Konsumentengemeinschaften ausgeschlossen bleiben? Viele Millionen aus Staatsmitteln fließen in die Taschen der Agrarier. Der Staat betrachtet es als seine Pflicht, die Absatzgesellschaften der Landwirte, die in Wirtschaftlichkeit auch nur Kartelle sind, zu unterstützen; darum wäre es auch nur recht und billig, daß den Kartellen der Konsumenten wenn auch nicht besondere Unterstützung, so doch Entwicklungsfreiheit gewährleistet würde. Denn zur Herstellung des Gleichgewichts in der durch die Kartelle und Trusts beherrschten Wirtschaftsordnung sind die Konsumentengemeinschaften das beste Mittel. Die Leistungsfähigkeit der letzteren muß durch massenhaften Beitritt neuer Mitglieder gesteigert werden. Das wäre die wirksamste Abwehr gegen Lebensmittelmangel und Teuerung durch die Kartelle. Darum muß die Erlämpfung der gleichen Verewegungsfreiheit, die die Kartelle und Wirtschaftsverbände der Unternehmer bereits genießen, für die Gewerkschaften und Konsumentengemeinschaften eines der wichtigsten Ziele sein und bleiben. Denn auch für sie sind wirtschaftliche Fragen nichts andres als Organisationsfragen.

Korrespondenzen.

Duisburg. Unsere dritte ordentliche Monatsversammlung, zu der Gauvorsitzer Albrecht (Röhl) erschienen war, fand am 13. April statt. Zunächst wurden vier junge Kollegen, darunter ein vom Untenbergrund übergetretener, einstimmig zum Gauvorsitzer zur Aufnahme empfohlen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen hielt Kollege Albrecht ein sehr aktuelles Referat über das Thema: „Die Gewerkschaften und die drohende Verschlechterung des Koalitionsrechts.“ Redner schilderte in seinen etwa eineinhalbstündigen Ausführungen das Bestreben der Scharfmacherkreise, unterstützt von den sogenannten christlichen Gewerkschaften, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verschleiern. Er kennzeichnete treffend das verlogene Terrorisnussgeschrei der „Christen“ und Scharfmacher und führte einige recht drastische Beispiele an, die beweisen, daß der Terrorismus auf jener Seite weit schlimmer ausgeübt wird. Weiter befaßte sich Kollege Albrecht sehr eingehend mit der augenblicklichen Entwicklung der christlichen Gewerkschaften nach der gelben Richtung, wie der verlassene Kampf der Ruhrbergleute klar bewiesen habe. Aus der großen Anzahl der jüngst gefällten Streikurteile griff Redner einige heraus, damit den Zuhörern vor Augen führe, wie in Preußen „jeder vor dem Gesetze gleich“ sei. „Trug der horrenden Strafen, die für unbedeutende Vergehen gefällt würden, schreie man nach verstärktem Arbeitswillensschutz, und wie der Vorentwurf zur Strafprozessreform beweise, sei die Regierung bereit, den Scharfmachern entgegenzukommen. Redner ging auf die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs ein und betonte in seinen Schlussworten, daß die freie Arbeiterschaft alles daran setzen müsse, diesen Ansturm aus das Koalitionsrecht zurückzuschlagen. Lebhafter Beifall folgte den fesselnden Ausführungen und die Versammlung gab ihr Einverständnis mit dem Vortrage durch einstimmige Annahme einer entsprechenden Resolution Ausdruck. Nach Entgegennahme desassenberichts wurde beschlossen, das diesjährige Johannisfest durch eine Dampferfahrt nach Bael, woselbst das Fest stattfindet, zu feiern. Zum letzten Punkt erbatete Kollege Kölsch den Kartellbericht.

Leipzig. (Maschinenmeister.) Die Monatsversammlung fand am 12. April statt. Vor Bekanntgabe des Kommissionsberichts mußte der Vorsitzende in Unbetracht des müßigen Besuchs der Versammlung sein Bedauern ausdrücken, daß selbst bei einer so interessanten Tagesordnung wie der gegebenen es so wenig Kollegen für notwendig erachteten, zu erscheinen. Daß dieses nicht dazu angetan ist, die Arbeitsfreude der Kommission zu heben, braucht ebenfalls nicht betont zu werden. Zum andern ist es auch noch zu bedauern insofern, als fortwährend Klagen von den Vertrauensleuten einlaufen über unkollegiales Verhalten untereinander sowie über standesförmige Behandlung der Kollegen seitens ihrer Vorgesetzten. Und das Begegnensthe hierbei ist, daß es zum großen Teil immer wieder die Versammlungsschwäger sind, die derartigen Zuständen Vorschub leisten. Hier muß eben vieles besser werden. Im Kommissionsbericht war der Vorsitzende in der angenehmen Lage, mitteilen zu können, daß der Tarifauschuss betreffs der Hohnen-jahrsvorarbeit zugunsten der Gehilfen entschieden hat. Weiter sei bemerkt, daß die zur Gauvorsitzenschaft aufgestellten Druckervertreter mit hoher Stimmzahl gewählt wurden. Von einer Hundertjahrfeier zur Gründung der Schnellpresse wird aus lokalen Gründen vorläufig Abstand genommen werden. Auch daran konnte der Vorsitzende nicht vorübergehen, daß eine auffallende Unmündigkeit der Vertrauensleute Platz greife, die eten in der Hauptsache aus das Konto der schon vorerwähnten indifferenten Kollegen zu setzen ist. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete der Vortrag des Kollegen Müller: „Die Kunst als vornehmstes Bildungsmittel für den Arbeiter.“ Der in sechs Abteilungen getrennte Vortrag wurde durch reichhaltiges, aus Originalskizzen

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 23. April 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 46.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

zeichnungen, Aquarellen, Kupferstichen usw. bestehendes Anschauungsmaterial unterstützt. Ihn selbst in allen seinen Teilen zu schildern, würde zu weit führen; erwähnt sei nur, daß der Referent, von der Arbeiterkunstausstellung in Berlin ausgehend, deren gelungene Aufmachung und günstige Beurteilung schilderte, trotz der Tendenz der Ausstellung, nur solches zu zeigen, was der Arbeiter in seinen freien Stunden auf künstlerischem Gebiete schafft. Die Abteilungen: „Die Kunst im Dienste der Religion“, „Der Einfluß des Frauenregiments auf die Kunst in der Renaissance“, wie sie der Nachwelt durch Rubens, Rembrandt, Dürer, Cranach in Bildern überliefert worden sind, alles dieses, namentlich die Behandlung des letzteren Themas, boten so viel Anregendes, Wissenswertes und Unterhaltendes, daß es nur zu bedauern war, daß es keinem größeren Kreise geboten werden konnte. In der letzten Abteilung zeigte uns der Referent, wie der Arbeiter als Kunstbilletant sich durch Wissen von Kunstgeschichte, durch Beschäftigen mit Museen, Kunsthandlungen, Tiergärten, durch Betreiben von Photographie usw. künstlerisch bilden und betätigen soll. Der Vortrag brachte dem Referenten allgemeinen Beifall ein. Hierauf schloß der Vorlesende die von 250 Kollegen besuchte Versammlung.

Potsdam. Die am 13. April abgehaltene ordentliche Monatsversammlung war nur schwach besucht; waren doch von 208 nur 80 Kollegen anwesend. Nach Mitteilung der Bewegungsfaktistik gab der Vorlesende unter „Vereinsmitteilungen“ ein Schreiben des Gauvorstandes bekannt. Gleichzeitig kam ein Schreiben der Handwerkskammer, welches bestätigte, daß sämtliche Lehrlinge der Vereinsdruckerei, O. m. b. H., in die Lehrlingskammerrolle der Handwerkskammer eingetragen seien. Man hatte in dieser Druckerei versucht, um noch einen Lehrling einstellen zu können, schnell einen auslernen zu lassen. Da die Lehrlingskassa sowieso überfüllt, erfolgte Klage beim Schiedsgericht, daß der Firma die weitere Einstellung von Lehrlingen untersagt. Aller Voraussicht nach scheint von der Leitung der betreffenden Druckerei, die Kräfte aus allen Himmelsgegenden zusammenholt, beabsichtigt zu sein, dem „Gutenbergschuld“ Gelegenheit zu geben, seinen „Gutenbergschuld“ zu geben, die „Gutenbergschuld“ haben ihr Domicil dort bereits aufgeschlagen. Hierauf erfolgte die Aufnahme von sechs neuangelernten Kollegen. Eine Aufnahme wurde abgelehnt, da gegen die Aufnahme bereits vor der Veröffentlichung Einspruch erfolgte. Der Rassenbericht gab ein erfreuliches Bild. Unfre Ortsklasse weist zurzeit einen Bestand von etwa 600 M. auf, wovon 400 M. beim Konsumverein angelegt werden sollen. Einem Kollegen wurden, da dieser bereits über ein halbes Jahr krank daniederliegt, aus der Ortsklasse 30 M. bewilligt. Einer Anregung, für die nächste Versammlung einen Referenten zu gewinnen, wurde stattgegeben. Nächste Versammlung am 4. Mai.

Rundschau.

Graphische Kunstausstellung in Leipzig. Im Deutschen Buchgewerbeverein in Leipzig sind von Anfang April bis Mitte Mai im Saale der alten Druckgraphischen Arbeiten von drei jüngeren Künstlern ausgestellt, die alle in besonderer Weise Interesse verdienen. Die Ausstellungen sind an den Wochentagen von 9 bis 6 Uhr und Sonntag von 11 bis 2 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Ein Preisschleudrer. Das Ehren- und Schiedsgericht des Deutschen Buchdruckervereins für den Kreis VII (Sachsen) hat nach eingehenden Verhandlungen die Firma Werkstätten für Buch- und Steindruck Rudolf Klein-hempel in Dresden der Preisschleuderei, unkollegialen Verhaltens und der Geschäftsschädigung schuldig gesprochen.

Meisterprüfung. In Detmold bestanden die Kollegen U. Mengerfer, R. Hornung, E. Oite, Fr. Höfster, R. Vogeler, R. Hören, S. Seiland, G. Schröder und R. Dröge die Meisterprüfung mit Erfolg.

Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger. Am 17. Mai findet in Magdeburg die diesjährige Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger statt. Aus der 13 Punkte umfassenden Tagesordnung sind erwähnenswert ein Referat über „Recht und Wirtschaft“, das von Dr. F. Krumbhaar aus Siegnitz erstattet wird, ferner Stellungnahme zu Ausgleichsmaßnahmen zum neuen Lohnsatz und Verwandtes sowie Bericht über die Papierereinfachung des Vereins. Zu den Wahlen liegt ein Antrag vor, der eine stärkere Vertretung der kleinen Zeitungsverleger im Vorstände bezweckt.

Zur Abschaffung der Abonnementversicherung. Einem Aufruf der letzten Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger entsprechend hat die Geschäftsstelle des genannten Vereins jetzt einen ausführ-

lichen Fragebogen an die Mitglieder des Vereins versandt, der als Sammlung von Unterschriften für Abschaffung der Abonnementversicherung sowie als ein Verbot jeder Art von Schenkungen zu betrachten ist. Die Abschaffung wird zum 1. Juli 1912 ins Auge gefaßt.

Zur Hilfsarbeiterbewegung in Frankfurt a. M. Nach einem ausführlichen Bericht über die gegenwärtige Lage der Tarifbewegung beschloß die Frankfurter Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen, überall die Kündigungen einzulegen. Einzelanmeldungen sollen nicht anerkannt und es soll nur durch die Organisationsleitung verhandelt werden, die jederzeit dazu bereit ist.

Gesuchter Betrüger. Die Meldung in Nr. 38 des „Korr.“, daß der Komplotz des schon abgeurteilten Schwindlers Winde, der Drucker Paul Müller oder Müller aus Bamberg, verhaftet sei, entspricht nach einer Mitteilung der Staatsanwaltschaft nicht den Tatsachen. Müller wurde nur aus Dänemark ausgewiesen und konnte seither nicht mehr ermittelt werden. Da M. vom deutschen Verband unrechtmäßig für 94 Tage Reisegeld bezogen hat, empfiehlt es sich, etwaige Anhaltspunkte über den Aufenthalt des Gesuchten an den Kollegen Chr. Heilmann in Flensburg gelangen zu lassen.

Studentische Arbeiterunterrichtskurse. Anfang Mai beginnen überall wieder die studentischen Arbeiterunterrichtskurse, die das Interesse der Arbeiterschaft in allen Universitätsstädten in reichem Maße verdienen. Im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ wird über diese Kurse nachstehendes Urteil abgegeben: Wir meinen die studentischen Arbeiterunterrichtskurse, die zum ersten Male wieder seit Jahrzehnten eine Brücke zwischen der Studentenschaft und der Arbeiterschaft zu schlagen berufen sind. Nicht Politik oder Religion freilich stellen, wie einstmal, die gemeinsame Grundlage dar, sondern das Bildungsbestreben der Arbeiter und der schlichte Wunsch sozial denkender Studenten, ihre Fähigkeiten in den Dienst der Volksbildung zu stellen und zugleich einen Einblick zu gewinnen in soziale Schichten, die dem Durchschnittsstudenten bis vor kurzem noch ganz fremd waren. Deshalb bilden den Unterrichtsstoff auch nur Elementarfächer wie Deutsch, Mathematik, Schreiben usw. Die politische und religiöse Stellungnahme vor sich selbst ausschüttend, deshalb haben auch die die Bewegung tragenden akademischen Vereine sich bisher mit bestem Erfolge von jeder religiösen und politischen Stellungnahme gegenüber den Organisationen der Arbeiter wie der Studenten frei zu halten gewußt. Daß diese strenge Neutralität ein gezieltes Zusammenarbeiten von Studenten und Arbeitern der verschiedensten Richtung nicht behindert hat, zeigt die Geschichte der jungen Bewegung, zeigt namentlich das persönlich gute Verhältnis, das regelmäßig zwischen allen Teilnehmern besteht. Soziales Pflichtgefühl und soziales Interesse haben diese Organisationen ins Leben gerufen; sie haben ihnen auch das Vertrauen der Arbeiter erworben. 1901 wurden in Charlottenburg nach nordischem und englischem Vorbild die ersten Kurse gegründet. Heute befinden sie sich in jeder Hochschultadt und sind neuerdings im Begriff, auch Hochschulestädte in ihren Kreis zu ziehen. 7800—9700 Hörer wurden im letzten Jahre von 600 bis 700 Studenten in diesen Kursen in Deutschland unterrichtet. Die Beitragsleistung schwankt zwischen 50 Pf. und 1 M. für das Halbjahr. Näheres ergeben die Programme, die in den Lesefächern, Arbeitsnachweisen und durch die Gewerkschaftskarteile erhältlich sind.

Die deutsche Zunft auf dem Kriegspfade gegen die Gewerkschaften. Unfre Rechtprechung eilt dem neuen projektierten, verschärften Strafgesetze schon voraus. Sie entscheidet jetzt schon in Streitfällen so, wie die Schlichter es zukünftig von Gesetzeswegen haben möchten. Die Regierungsvorlage zur Neugestaltung des Strafgesetzes will das Streikpostenstreben verbieten und der Zentralverband der Industriellen verlangt in seiner Eingabe an den Reichstanzler und an den Reichstag in direkter Form eine Bestrafung des Streikpostenstehens. Dem Untergesichte Sorau gebührt der Ruhm, im Sinne des angestrebten zukünftigen Justizausgesetzes bereits entschieden zu haben. Bei der Sorauer Maschinenfabrik vorm. W. Wedel streikten die Arbeiter bereits mehrere Wochen. Alle Versuche der Firma, Arbeitswillige zu erhalten, sind durch die Tätigkeit der Streikposten vereitelt worden. Der Firma gelang es zwar, durch Inzinate Arbeiter nach Sorau zu locken, jedoch haben die Arbeiter, nachdem sie durch die Streikenden aufgeklärt worden waren, bei der Firma keine Arbeit genommen. Daß die Streikposten ihre Tätigkeit in zulässiger, nicht strafbarer Weise ausübten, geht daraus hervor, daß die Polizei ihnen bisher noch keinerlei Schwierigkeiten gemacht hat. Wohl hat die Firma es mehrmals versucht, die Streikposten durch die Polizei fortbringen zu lassen, jedoch haben die Vernehmungen auf der Polizei wie auch die Beobachtungen der Polizeibeamten an der Streiklinie ergeben, daß Übergriffe strafrechtlicher Art durch die Streikposten nicht begangen worden sind, weshalb die Polizei

keinen Anlaß zum Einschreiten fand. Nunmehr hat die bestreifte Firma es anders versucht. Sie stellte durch zwei Rechtsanwälte einen Antrag an das Sorauer Amtsgericht auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, in der allen Streikenden unter Androhung einer Haftstrafe das Streikpostenstreben verboten werden sollte. Das Amtsgericht Sorau ist diesem Antrage denn auch wirklich nachgekommen und hat gegen 15 Streikende auf Grund der §§ 940, 937 ff. und 92 der Z. P. O. im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet: „Den Antragsgegnern zu 1—15 wird verboten, auf den Zugängen zu dem Fabrikgrundstücke der Antragstellerin und auf dem Sorauer Bahnhofe, insbesondere zu mehreren vereinigt, arbeitswillige und unbeteiligte Leute von dem Betreten dieses Grundstücks, insbesondere durch Anfragen, Beschimpfen und Nachrufen abzuhalten — und zwar bei einer Haftstrafe von einer Woche für jeden Fall der Zuwiderhandlung“. Denn weiteren Antrag der Firma, gegen die Sorauer Zunftstelle des Metallarbeiterverbandes eine gleiche Verfügung zu erlassen, wurde vom Gericht abgelehnt. Die Kosten des Gerichtsbeschlusses wurden den 15 Streikenden aufgebürdet. Die unbefristete Freiheit in der Auslegung der Befehle und in der Rechtspflege, die sich Gerichte und Staatsanwälte in letzter Zeit gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zu eigen machen, nimmt nachgerade ungeheuerliche Formen an. Die Streikjustiz im Ruhrgebiet gibt täglich Beweise dafür und der Beschluß des Sorauer Amtsgerichts setzt allem die Krone auf. Höhere Gerichtsentscheidungen, die sonst als Richtschnur gelten, existieren für diese Juristen anscheinend nicht. Der Entscheid des Reichsgerichts vom Jahre 1901, der das vom Lübecker Senat erlassene Verbot des Streikpostenstehens für ungültig erklärte, wird vom Sorauer Amtsgerichte nicht beachtet. Selbstverständlich ist gegen die angeordnete einstweilige Verfügung Widerspruch erhoben worden, außerdem wird gegen die Veranlassung bzw. gegen den Fiskus wegen des entstandenen Schadens, den die Streikenden durch die Verfügung erleiden, Klage auf Grund des § 945 Z. P. O. erhoben werden.

Ein Boykott der Besseren. Auf den Beschluß des Gothar Landtags, die Automobilbesitzer zu einer besonderen Steuer für die Aufbringung der Kosten für den Straßenbau heranzuziehen, richtete das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Automobilklubs in München an alle Kraftwagenbesitzer die Aufforderung, zukünftig das Herzogtum Gotha zu meiden. Sie sollen in dem Lande keinen Aufenthalt nehmen, keine Einkäufe machen, keine Sommerfrische und keine Kurorte besuchen und alle Freunde und Bekannte veranlassen, in gleicher Weise vorzugehen. Diefelbe Bitte richtet das Präsidium an die gesamte internationale Sportwelt überhaupt. Es ist eigentlich selbstverständlich und billig, daß die Kraftwagenfahrer zu den Wegunterhaltungskosten herangezogen werden. Wir glauben aber nicht, daß der Boykott besonders Erfolg haben werde. Was insbesondere die Sommerfrische anlangt, so werden wohl viele Leute gerade solche Sommerfrischen aussuchen, von denen sie annehmen können, daß sie dort vom Staube, Geruch und Geräusche der Kraftwagen nicht befallt werden.

Ein englisches tägliches Arbeiterblatt. Der gegenwärtig des vorjährigen Buchdruckerstreiks in London herausgegebene „Daily Herald“ („Der tägliche Herald“), der als erste Gewerkschaftszeitung in England erschien und nach Ablauf des fraglichen Streiks wieder von der Wilschke veräußert, erblühte am 15. April d. J. wieder das Licht der Welt, und zwar unter dem gleichen Titel als erstes täglich erscheinendes Arbeiterblatt in Großbritannien. Das Blatt will alle Richtungen in der Arbeiterbewegung zu Worte kommen lassen. In einem Einführungsartikel schreibt die Redaktion: „An keine bestimmte Sektion der Bewegung gebunden ist der „Daily Herald“, das Organ aller Wägen der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Tätigkeit. Während wir die Politik und das Programm der Arbeiterpartei im Unterhaus im allgemeinen unterstützen, beanspruchen wir doch nicht, uns mit ihr zu identifizieren, und behalten uns das Recht vor, ihre Handlungen zu kritisieren, so oft es die Pflicht erfordert. Die Gewerkschaften werden im „Herald“ einen beständigen und fruchtlosen Vertreter ihrer Grundfälle finden, der ihnen auch für die schnelle Verbreitung offizieller Ansichten und Instruktionen von größtem Nutzen sein wird. Vertreter des Sozialismus und des industriellen Unionismus werden ebenfalls in unseren Spalten Gelegenheit finden, ihre Ansichten offen auszudrücken. Kurzum, wir treten für die absolute Freiheit in Gedanken und Tat ein, unbehindert von Parteien irgendwelcher Art.“ Die Herausgabe des Blattes machte sich besonders deshalb notwendig, weil es sich gelegentlich des nunmehr beendeten großen Bergarbeiterstreiks zeigte, daß sich auch die bürgerliche Presse Englands hinsichtlich ihrer Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Kämpfen gleich der großen Mehrheit der Presse in den übrigen Kulturstaaten auf die Seite der Unter-

